

## NRW-Kliniken brauchen verlässliche Investitionsförderung

**W**aren Sie in letzter Zeit schon mal auf einer Polizeiwache oder im Büro eines Amtsrichters? Dann wird Ihnen sicher aufgefallen sein, wie schlecht unserer Richter und Polizeibeamten ausgestattet sind. Viele nutzen privat mitgebrachtes Büromaterial oder Einrichtungsgegenstände, um überhaupt vernünftig arbeiten zu können. Solche Zustände – dringend renovierungsbedürftige Räume, veraltete Technik, unzumutbare Arbeitsbedingungen – könnten bald auch an den Krankenhäusern des Landes herrschen. Denn die Landesregierung spart heftig auch an der Investitionsförderung für die rund 450 Kliniken.



Dr. Theodor Windhorst,  
Präsident der Ärztekammer  
Westfalen-Lippe

Davor sei laut und deutlich gewarnt! Noch weniger Investitionen in die Infrastruktur unserer Kliniken ist genau der falsche Schritt. Machen wir so weiter, wie es sich jetzt abzeichnet, werden unsere Kliniken zu den Armenhäusern der Republik.

Eigentlich sollte man denken, es geht kaum noch weniger: Schon jetzt ist Nordrhein-Westfalen nach Niedersachsen das Bundesland mit dem geringsten Fördermittelvolumen. Selbst Länder mit größeren Finanzproblemen stellten in den letzten Jahren zum Teil viermal so viele Fördermittel zur Verfügung. Und auch vom Bundesdurchschnitt ist NRW weit entfernt. Eine Aufstockung des Investitionsprogramms wäre also dringend notwendig, um unsere Häuser in die Lage zu versetzen, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Doch das Land will sich offensichtlich Schritt für Schritt aus der Verantwortung stehlen: Die Investitionsförderung wurden eingefroren, neue Anträge werden nicht mehr angenommen. Nach aktuell bekannten Plänen sollen die Kommunen den Finanzierungsanteil bei ihren Häusern verdoppeln müssen. Wie das aber gehen soll – Städte und Kreise weisen noch größere Haushaltslöcher auf, als das Land –, weiß keiner. Und nun steht auch noch die letzte Säule, die feste jährliche Pauschalförderung nach § 25 des Landeskrankenhausgesetzes, zur Reform an. Da kommen einem schon Befürchtungen.

Sollten Rat, Mahnungen und Proteste beim Landesgesundheitsminister nichts fruchten, müssen die Krankenhäuser ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Im Zweifel muss das Geld für die notwendigen Investitionen selbst verdient werden. Und das kann letztlich nur funktionieren, wenn die Investitionskosten in die DRG eingepreist werden. Die Folge würden steigende Krankenkassenbeiträge und Lohnnebenkosten sein. Das soll die Landesregierung dann gegenüber den Parteifreunden in Berlin verantworten!

### Neue Serie

Ärztliche Leichenschau  
und Todesbescheinigung **8**

### Arztrecht

Unterspritzen von Falten stellt  
Heilkundeausübung dar **10**

### Medizindidaktik

Ärztekammer Westfalen-Lippe führt  
Curriculum Medizindidaktik ein **11**

### Tagung

Impulse für Kommunale  
Gesundheitskonferenzen **12**

### Interview

„Der pflegliche Umgang  
miteinander geht verloren“ **13**

### Service

Kooperationspartner und  
Praxisnachfolger online finden **14**

### Modellprojekt

Qualitätsmonitoring in der  
ambulant Psychotherapie **15**

### Magazin

Informationen aktuell **4**  
Persönliches **16**  
Ankündigungen der Akademie  
für ärztliche Fortbildung der  
ÄKWL und KVWL **22**  
Bekanntmachungen der ÄKWL **18**  
Bekanntmachungen der KVWL **48**  
Fortbildungsankündigungen **54**  
Impressum **53**